

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jürgen Trittin, Kerstin Müller (Köln), Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/8752 –**

### **Für eine umfassende Strategie zur demokratieverträglichen und zivilgesellschaftlichen Stabilisierung Pakistans**

#### **A. Problem**

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass die Entwicklung im nuklear bewaffneten Pakistan besorgniserregend sei. Eine dauerhafte Stabilisierung und Demokratisierung des Landes liege im unmittelbaren Sicherheitsinteresse der internationalen Staatengemeinschaft. Bisher fehle eine umfassende Pakistanstrategie, die auf die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte setze.

Nach den Parlamentswahlen am 18. Februar 2008 befinde sich das Land in einer Umbruchsituation, die von einer umsichtigen und auf die Förderung einer demokratieverträglichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichteten internationalen Politik begleitet werden müsse. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Deutschen Bundestag baldmöglichst eine umfassende Pakistanstrategie vorzulegen, mit Nachdruck von Pakistan die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Achtung der Pressefreiheit und die Stärkung der Zivilgesellschaft zu verlangen sowie sich für die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung und die Wiedereinsetzung aller unabhängigen Richter und Justizbeamten einzusetzen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, eine Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Ermordung Benazir Bhuttos zu unterstützen, eine Neubewertung der bilateralen Zusammenarbeit mit Pakistan vorzunehmen, die Schwerpunkte Grundbildung, Basisgesundheitswesen, erneuerbare Energien, Förderung der Justiz und Presse sowie Rechte der Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit weiterzuführen oder zu verstärken, das Wettrüsten in der Region nicht durch deutsche Rüstungslieferungen anzuhetzen und darauf hinzuwirken, dass Pakistan sich den internationalen Rüstungskontrollregimen anschließe.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Keine

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/8752 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2008

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Bernd Schmidbauer**  
Berichterstatter

**Uta Zapf**  
Berichterstatterin

**Harald Leibrecht**  
Berichterstatter

**Dr. Norman Paech**  
Berichterstatter

**Jürgen Trittin**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Bernd Schmidbauer, Uta Zapf, Harald Leibrecht, Dr. Norman Paech und Jürgen Trittin

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/8752** in seiner 154. Sitzung am 10. April 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss und zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 28. Mai 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

### III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 4. Juni 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 4. Juni 2008

**Bernd Schmidbauer**  
Berichtersteller

**Uta Zapf**  
Berichterstellerin

**Harald Leibrecht**  
Berichtersteller

**Dr. Norman Paech**  
Berichtersteller

**Jürgen Trittin**  
Berichtersteller